



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Dietmar Weinert

Wiesbaden, 22.01.2015

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
am Mittwoch, 28. Januar 2015, um 17:30 Uhr,
Moritz-Lang-Haus - Cafeteria - Karl-Arnold-Str. 13, 65199 Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 3.12.2014
2. Moritz-Lang-Haus

3. 15-F-03-0004

Einladung von VertreterInnen der Landesärztekammer und der HSK- Geschäftsführung
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.1.2015 -

Die Landesärztekammer Hessen hat sich mit einer Presseerklärung vom 3.12.2014 an die Öffentlichkeit gewandt und warnt darin vor dem geplanten massiven Personalabbau in den HSK Kliniken. Die Landesärztekammer sieht hierin einen Widerspruch zu der Qualitätsoffensive im Gesundheitswesen. Die HSK Geschäftsführung hat die Pressemitteilung in ihren Auswirkungen dementiert.

Der Ausschuss möge beschließen:

Es werden VertreterInnen der Landesärztekammer und der HSK Geschäftsführung in eine Sitzung des Ausschusses eingeladen, um ihre Einschätzungen zu begründen.

4. 15-F-03-0005

Gesundheitskarte für AsylbewerberInnen und Humanitäre Sprechstunde
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.1.2015 -

Aus der Tagespresse vom 7.1. 2015 war zu entnehmen, dass die Stadtstaaten Bremen und Hamburg ein unbürokratisches Model zu Gesundheitsversorgung der AsylbewerberInnen betreiben. Danach erhalten alle AsylbewerberInnen eine Gesundheitskarte der AOK und können ohne Prüfung durch das zuständige Amt Gesundheitsbehandlungen im Krankheitsfalle in Anspruch nehmen. Nach dem Zeitungsbericht werden dadurch sowohl die AsylbewerberInnen in ihrer Freiheit bestärkt als auch die Verwaltung entlastet.

In Wiesbaden besteht für Menschen ohne klaren Aufenthaltsstatus und Krankenversicherung die Möglichkeit die „Humanitäre Sprechstunde“ aufzusuchen. Letztmalig wurde sich im Ausschuss auf Initiative Fraktion B90/Die Grünen (12-F-03-0032) mit der Situation in der Humanitären Sprechstunde befasst. Damals wurde berichtet, dass ein Großteil der Personen, welche die Sprechstunde in Anspruch nahmen, aus Osteuropa kamen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- I. Wie wurde das Angebot der Humanitären Sprechstunde seit Sommer 2012 in Anspruch genommen? Wieviele Personen aus welchen Ländern wurden versorgt?
- II. 1. Sind dem Magistrat Bestrebungen auf Landesebene bekannt, eine Gesundheitskarte für AsylbewerberInnen analog dem Bremer Model einzuführen?

2. Sieht der Magistrat eine Einführung dieser Form der Gesundheitskarte als sinnvoll an? Sind Auswirkungen auf das Angebot der „Humanitären Sprechstunde“ zu erwarten?

3. Wenn ja, wird der Magistrat gebeten, sich bei der Landesregierung für eine Einführung einzusetzen.

5. 15-F-03-0010

Evaluation der Schuleingangsuntersuchungen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.1.2015 -

In der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 3.12.2014 wurden die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 2012 - 2014 vorgestellt. Laut Auskunft des Gesundheitsamts ist es auch möglich, die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung anhand der Einzugsgebiete der Grundschulen darzustellen. Aus diesen Erkenntnissen können Rückschlüsse für den Erfolg der durchgeführten sowie ggfls. der Erforderlichkeit weiterer Maßnahmen im Sozial- und Gesundheitsbereich gezogen werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen bezogen auf die Einzugsgebiete der Grundschulen in Stadtteilen mit besonderen Bedarfslagen gemäß der Wiesbadener Sozialraumanalyse darzustellen.

6. 15-F-33-0006

Krankenversicherungskarte für Flüchtlinge
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 16.1.2015 -

Wenn Asylbewerber in Hessen einen Arzt aufsuchen wollen, müssen sie sich zunächst eine „Erlaubnis“ vom zuständigen Sozialamt besorgen. In Hamburg und Bremen gibt es für diese Fälle bereits seit einigen Jahren eine spezielle Krankenversicherungskarte, mit der sich asylsuchende Menschen den Weg zum Sozialamt ersparen können. Obwohl Hamburg und Bremen die jeweiligen Regelungen unterschiedlich ausgestalten, soll es in beiden Städten neben der Erleichterung für die betroffenen Menschen auch zu Einsparungen bei der Verwaltung gekommen sein. Laut Zeitungsberichten hat sich auch die hessische Landesregierung - unter bestimmten Bedingungen - für die Einführung eines solchen Modells ausgesprochen.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten über den Sachstand der Einführung einer Krankenversicherungskarte für Flüchtlinge in Hessen, wie sie bereits in Hamburg und Bremen vorhanden ist, zu berichten.
2. Wenn in Hessen bisher noch keine konkreten Schritte zur Einführung einer Krankenversicherungskarte für Flüchtlinge unternommen wurden, wird der Magistrat gebeten über die kommunalen Spitzenverbände auf die Einführung einer solchen Regelung hinzuwirken.

7. Troncmittel 2014 für den Bereich Soziales

7.1 14-V-51-0021

ANLAGE

Verwendung anteiliger Spielbankmittel (Tronc) für den Bereich Soziales 2014;
Bericht zu den Anträgen 1. Quartal 2014

- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 27.1.2015 -

7.2 15-F-33-0007

ANLAGE

Troncmittel 2014
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 201.1.2015 -

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, die Anträge auf Troncmittel 2014 wie in der Anlage aufgeführt zu bescheiden.

8. 15-A-50-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial- und Gesundheitsbereich

9. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 13-F-03-0109

ANLAGE

Rauchverbot auf Kinderspielplätzen
- Bericht des Dezernates VII vom 23.12.2014 -

2. 14-F-03-0062

ANLAGE

„Zweckentfremdung von Wohnraum“
- Bericht des Dezernates IV vom 5.1.2015 -

3. 14-F-03-0096

ANLAGE

Standort Flüchtlings-Containerdorf Wiesbaden Biebrich: Auflösung städtische Ablagerungsfläche
- *Bericht des Dezernates II vom 10.12.2014* -

4. 14-F-33-0114

ANLAGE

Vermüllungssyndrom
- *Bericht des Dezernates VI vom 5.1.2015* -

5. 14-V-51-0054

DL 68/14-3

Bericht zur Gewährung von SGB XII-Leistungen in Wiesbaden 2013

6. 14-V-51-0056

DL 01/15-4

Neuer Leistungsvertrag für die Katholischen Kindertageseinrichtungen in Wiesbaden (ohne
AKK)

7. 14-V-51-0058

ANLAGE

Sexualassistenz in Wiesbadener Einrichtungen; Bericht des Dezernates II zu Protokollnotiz Nr.
0150 des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 17.09.2014

8. 14-V-80-8009

DL 01/15-7

Arbeitsmarktprojekt 'Zusammenarbeit mit Integrationsfirmen - Greenteam' - Verlängerung 2015
bis 2017

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungs-
punkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Ulrich Weinerth
Vorsitzender